

Hermann Weber

Liebenwalde und Kleinmachnow

Erinnerungen an die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ 1947-49¹



Prof. Dr. Hermann Weber, geb. 1928 in Mannheim, ist emeritierter Ordinarius für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.

Hermann Weber, einer der profiliertesten DDR-Forscher und SED-Kenner der Bundesrepublik, stammt aus einer klassenbewussten Arbeiterfamilie und war in jungen Jahren überzeugter Kommunist. Er hat von 1947 bis 1949 an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ in der Nähe Berlins studiert. Dort lernte er auch seine Frau Gerda kennen, mit der zusammen er nun seine Erinnerungen an diese Jahre vorlegt. Hermann und Gerda Weber brachen nach dem 17. Juni 1953 mit dem Kommunismus, wurden aus der KPD ausgeschlossen und zu „Parteifeinden“ erklärt.

Die Redaktion

Idol Hermann Duncker

Allerdings wurden beide Funktionäre (*gemeint sind Anton Ackermann und Fred Oelßner, d. Red.*) in den Schatten gestellt vom Referenten Dr. Hermann Duncker, der uns allen wohl am meisten imponierte. Schon wenige Wochen nach Beginn des Lehrgangs hörten wir von ihm eine grundlegende Lektion über historischen Materialismus. Der damals bereits 73-jährige Hermann Duncker war schon äußerlich ein stattlicher Mann, überragte die mittelgroßen Ackermann und Oelßner; er besaß Ausstrahlungskraft, und nicht nur für uns war er eine anerkannte Autorität. Dem Breitschultrigen, wenn auch schon etwas Gebeugten, verliehen sein weißes Haar und der prächtige Schnurrbart ein patriarchalisches Aussehen. Duncker war 1893 der SPD beigetreten und schon dort in der Bildungsarbeit tätig gewesen. Als Mitbegründer der KPD wurde er 1919 in deren erste Zentrale gewählt (ebenso seine Frau Käte). Viele Jahre war er Wanderredner der Partei und hatte die Schulungsarbeit der KPD in der

¹ Vorabdruck von vier Kapiteln aus: Hermann Weber in Zusammenarbeit mit Gerda Weber, Damals, als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum Kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ bis 1949. Der Band - mit 445 Seiten und 100 Abb. - erscheint Ende Februar 2002 im Aufbau-Verlag, Berlin.

Weimarer Republik geleitet. Für sie hat er zahlreiche Schriftenreihen herausgegeben (u.a. „Elementarbücher des Kommunismus“). Im Mai 1947 aus den USA zurückgekommen, wohin er 1941 emigriert war, wurde Duncker in Berlin feierlich vom Parteivorstand der SED und vor allem von seinem alten Mitkämpfer Pieck begrüßt.

Diese berühmte Persönlichkeit stand nun vor uns als lebendige Verkörperung der Tradition der Arbeiterbewegung und der marxistischen Schulung. Ein Mitschüler notierte über eine Vorlesung zutreffend: „Schon fast erblindet, bewegt er sich trotzdem die ganze Zeit im Vorlesungsraum. Sein Manuskript bestand aus einem Zettel vom Format A5. Er führte ihn ab und zu dicht an seine Brille heran, um die Stichpunkte erkennen zu können. Ich verfolgte jeden seiner Sätze, die - wohlgeformt und geschliffen - auch alle anderen Zuhörer packten, mit großer Spannung.“²

Duncker, seit Oktober 1947 Professor und Dekan an der Universität Rostock und ab März 1949 Leiter der FDGB-Schule, kam öfter zu Vorträgen an die Parteihochschule. In Kleinmachnow wurde im Mai 1949 sogar sein 75. Geburtstag gefeiert. Wir erlebten, dass zu dieser Gratulation die ganze SED-Spitze erschien, darunter Wilhelm Pieck, einige Monate später Präsident der DDR, Otto Grotewohl, dann erster Regierungschef, und Walter Ulbricht, der starke Mann der SED und DDR.

Besonders einleuchtend waren mir Dunckers Ausführungen zum „Kommunistischen Manifest“. Anschaulich auch seine Bemühungen - etwa am 21. November vor unserem Lehrgang -, anhand der Analyse jedes einzelnen Satzes des berühmten Marx'schen Vorworts von 1859 „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ dessen Grundvorstellungen zu erläutern. Er sah in den nur 15 Sätzen die „übersichtliche Systematik“ der Ideen von Marx und interpretierte vor allem dessen am meisten zitierten Ausspruch: „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt“.

Es gelang ihm, das Marx'sche „Vorwort“ überzeugend und anhand von Beispielen so einprägsam zu erklären, dass es mir und wohl fast allen Zuhörern unauslöschlich blieb. Er fasste die Sätze von Marx in fünf Thesen zusammen, die er allerdings ab 1953 revidierte und dann sogar Stalin - den er in seiner Lektion bei uns noch gar nicht erwähnt hatte - seine Reverenz erwies.³ Solche Anpassungen an die jeweilige Tagespolitik, die mir freilich erst viel später auffielen, waren bei ihm nicht neu. Selbst seine Vorworte zu verschiedenen Auflagen des „Kommunistischen Manifest“ sind davon nicht frei, beispielsweise wenn er Passagen der 1923 „gültigen Linie“ danach einfach wegließ.⁴ Aber diese stalinistischen Methoden waren auf der Parteihochschule 1947 noch unbekannt, und ich hätte sie Duncker auch nicht zugetraut. Seine Einführung in den Marxismus war exzellent und geradezu faszinierend.

Als Person und Lehrer hinterließ er bei mir einen nachhaltigen Eindruck. Eigene Zweifel und Kritikpunkte am Stalinismus und der Politik der deutschen Kommunisten, die mich ja 1947 in Liebenwalde durchaus bewegten, musste ich immer wieder in Frage stellen. Wenn solch hochachtbare Menschen, seit Jahrzehnten Kämpfer für die Sache der Arbeiter, nicht nur die theoretischen Grundlagen des Sozialismus vertraten, sondern Grundsätze und Politik der kommunistischen Bewegung unter Stalin voll befürworteten, wie sollte ich mit meiner jugendlichen Unerfahrenheit dagegen ankommen? Natürlich nahmen Autoritäten wie

2 Erich Hanke, Im Strom der Zeit, Berlin (Ost) 1976, S 99.

3 Vgl. Hermann Duncker, Einführungen in den Marxismus. Bd. 2, Berlin (Ost) 1959, S. 65. Vgl. auch die Kurzbiographie Dunckers in Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 2, Frankfurt/M. 1969, S. 99f.

4 Vgl. Marx-Engels, Das Kommunistische Manifest. (Elementarbücher des Kommunismus, Bd. 1). Hrsg. Dr. H. Duncker, 4. Aufl. 1927, S. 12 und dass. 8. Aufl. Berlin 1932, S. 10.

Duncker, aber auch Ackermann oder Oelßner, immer wieder für sich ein, oder anders ausgedrückt, sie verstellten mir den prüfenden Blick. Zwischen den geradlinig scheinenden und oft überzeugenden Aussagen der Referenten sowie dem eigenen Versuch, durch mühevoll kritisches Studium sowohl der „Klassiker“ als auch der Häretiker der Bewegung den „richtigen“ Standpunkt zu finden, existierte ein spürbarer Kontrast. Es gab bei mir ein Spannungsverhältnis zwischen Glaube und Hoffnung sowie Zweifel und Kritik, das ich jedenfalls in Liebenwalde nicht aufzulösen vermochte.

Das lag freilich auch an der geringen Kenntnis von den Lebensläufen dieser geachteten Persönlichkeiten. Es gab kaum biographische Handbücher. Gedruckt hatte die SED 1946 lediglich knappe Daten der Mitglieder des Zentralsekretariats. „Unsere führenden Genossen“ hieß diese Veröffentlichung mit den Porträts von acht Personen: Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Fechner, Ackermann, Gniffke, Dahlem und Lehmann. Im Nachdruck der KPD Baden, den ich besaß, fehlte allerdings Lehmann. Erst 1947 erschien unter gleichem Titel und in größerem Format eine Fassung mit etwas ausführlicheren, wenn auch „geschönten“ Angaben über die Spitzenführer der SED, nun zusätzlich über Käthe Kern, Elli Schmidt, Merker, Karsten sowie Matern.

Über die führenden „Kader“ war 1947 also wenig bekannt. Weder wusste ich, dass selbst Oelßner in der stalinistischen Sowjetunion zeitweise geächtet gewesen war, noch ahnte ich 1947, dass zwei Drittel der vor Hitler in die Sowjetunion, ihr „Vaterland“, geflüchteten deutschen Kommunisten dort in den Säuberungen umgebracht worden waren. Und natürlich blieb mir damals verborgen, dass sich darunter sogar ein Sohn von Hermann Duncker befand. Wolfgang Duncker wurde 1938 in Moskau verhaftet und wegen „Spionage“ zu acht Jahren Lager verurteilt. Er kam 1942 im Alter von 33 Jahren in Workuta im Gulag ums Leben. Das persönliche Schicksal von Käthe und Hermann Duncker (der ältere Sohn verübte 1940 in New York Selbstmord) war also viel härter, als ich seinerzeit vermuten konnte. Für die orthodox-stalinistische Parteiführung blieb der Mitbegründer der KPD trotz aller seiner Bekundungen zu Lenin und Stalin als gemäßigter Kommunist ein verdächtiger „Versöhnler“. Hermann Duncker wurde z.B. vorgeworfen, in einer Frühschrift den Anarchisten Max Stirner einst zu positiv beschrieben zu haben. Noch am 10. Juli 1928 hatte er ein Vorwort zu August Thalheimers Schrift über Spinoza geschrieben - ein halbes Jahr später war Thalheimer als „Parteifeind“ aus der KPD ausgeschlossen. Die Kursus-Hefte der „Marxistischen Arbeiterschulung“ (MASCH) gab Duncker 1930 zusammen mit K. A. Wittfogel heraus, der nach seinem Bruch mit der KPD als „Renegat“ bekämpft wurde. Und schließlich hatte Duncker 1939 den Hitler-Stalin-Pakt zunächst kritisiert. Zwar blieb er bis zuletzt dem Stalinismus verbunden, aber solche „Abweichungen“ wurden von der Parteiführung nicht vergessen.

Doch Duncker war inzwischen das „politische Rückgrat“ gebrochen worden. Der von uns so geschätzte Referent hatte viel mehr ertragen müssen, es für sich behalten und tiefer vergraben, als wir auch nur ahnen konnten. Nachdem 1948 die Stalinisierung der SED forciert wurde, wusste er aus seiner langen Lebenserfahrung mit dem Stalinismus, dass es für ihn praktisch keinen Ausweg gab. Im Kalten Krieg bot der restaurative Westen keine Alternative. Während Käthe Duncker bis zu ihrem Tod 1953 schwieg und nicht mehr der SED angehörte, flüchtete er in die „reine Theorie“ oder äußerte Glaubensbekenntnisse, die wohlfeil klangen. Wie es wirklich in ihm aussah, erfuhr damals wohl niemand. Ob ihm die Überhäufung mit Orden und Ehrungen (u.a. Karl-Marx-Orden, 1953, „Held der Arbeit“, 1954, Vaterländischer Verdienstorden in Gold, 1955) über den Mord an seinem Sohn hinweghalf und ihn mit dem Stalinismus aussöhnte? War Duncker vielleicht doppelzünftig oder gar korrumpiert, als er 1952 den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR in höchsten Tönen lobte? Oder war er

nicht doch ein längst entmutigter, gebrochener alter Mann, der den verlorenen Idealen seines Lebens innerlich nachtrauerte?

Vereinfachungen - wie beispielsweise durch die PDS, die anlässlich Dunckers 40. Todestag („Neues Deutschland“ vom 23. Juni 2000) erklärte, er sei eine „der lautesten Persönlichkeiten der demokratischen, sozialistischen und humanistischen Linken in diesem Jahrhundert“ gewesen, tragen weiterhin zur Legendenbildung bei. Ebenso unzutreffend ist die heutige Behauptung, er habe „niemals den Stalinschen „Marxismus-Leninismus“ propagiert“⁵. Im Gegenteil, er scheute sich nicht, auf einer Konferenz im Juni 1951 Lobhudeleien zu Stalins Arbeiten über Sprachwissenschaft zu verzapfen. Duncker sprach damals von Stalins „genialer Zusammenfassung“ des historischen Materialismus, obwohl er es wahrlich besser wusste. Ja, als die „drei gewaltigen Dokumente“ zum „Wesen des historischen Materialismus“ bewertete er neben Marx´ Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ sogar zwei Stalin-Texte. Dennoch hat Hanna Wolf, seit 1950 Direktorin der Parteihochschule „Karl Marx“, ihn beschuldigt, Duncker habe Stalin zu kurz „abgefertigt“. Und abermals kroch der Veteran der Arbeiterbewegung demoralisiert zu Kreuze und verteidigte sich: Er sei doch „tief ergriffen und tief erfüllt“ von der „ungeheuren Bedeutung, die Stalins Werk für die Arbeiterbewegung hat.“ Duncker sprach nun gar von der „Vereinigkeit unserer Klassiker“ (also Marx, Engels, Lenin, Stalin) von der er „tief, tief erfüllt“ sei. Für ihn sei „mit das schönste“, dass er eine Entwicklung erleben dürfe, die „geführt wird von dem großen Führer des Weltproletariats, von Stalin“. Nach Dunckers Kotau verzeichnet das Konferenzprotokoll „starker, langanhaltender Beifall. Die Teilnehmer erheben sich von den Plätzen.“⁶

Die Person Duncker konnte so fast wie eine Ikone vorgezeigt werden, um das SED-Regime zu schmücken. Ulbricht nannte ihn 1958 „Vorbild und Ansporn“ beim „Kampf um den Sieg des Sozialismus“. Und bei seinem Tod im Juni 1960 verkündete das ZK der SED, Duncker habe es verstanden, viele Tausende für den „wissenschaftlichen Sozialismus“ zu „entflammen“, und diese Flamme wolle die SED „bis zum Sieg des Sozialismus“ weitertragen. Sein Nimbus als „Lehrer dreier Generationen“ und Marx-Interpret musste zur Legitimation der SED-Diktatur erhalten. In seinem Schicksal wie in dem vieler anderer Kommunisten, die aus der Tradition der Arbeiterbewegung kamen, sehe ich eine menschliche Tragödie. Die Ursache dafür liegt für mich indes weniger in der trotz allem bewundernswerten Persönlichkeit Hermann Dunckers, sondern im brutalen System des Stalinismus. (...)

Informationen aus erster Hand von Tulpanow bis Ulbricht

Die Wissensvermittlung war allerdings nur die eine Seite des Lehrbetriebs. Daneben gab es Vorträge von Politikern, die deswegen so interessant waren, weil sie oft Hintergrundinformationen lieferten und ihnen Änderungen der Parteilinie frühzeitig zu entnehmen waren. Dies sei hier an vier Beispielen verdeutlicht, den Referaten von Tulpanow, Dahlem, Kurt Müller und Ulbricht.

Am 16. April 1948 musste die Fakultät für Philosophie als erstes ihre Planung ändern, „da am Dienstag, den 20. IV. von 10-13 Uhr Oberst Tulpanow zu einem Vortrag kommt.“ Tulpa-

5 Joachim Hoffmann, Berlin-Friedrichsfelde. Ein deutscher Nationalfriedhof, Berlin 2001, S. 127. Dagegen: „Einheit“, Nr. 12, Juli 1951, S. 814.

6 Die Bedeutung der Arbeiten des Genossen Stalin über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaften für die Entwicklung der Wissenschaften. Protokoll der theoretischen Konferenz der SED, 23./24. Juni 1951, Berlin (Ost) 1952, S. 123f., 213, 263f.

now, der Leiter der Informationsabteilung der SMAD, sprach zum Thema „Volksdemokratien“. Sergej Tulpanow war seinerzeit in der SBZ der bekannteste Offizier der SMAD. Der stiernackige Mann fiel überall nicht nur durch seine radikale Glatze und durch seine breitschultrige Statur auf, sondern auch wegen der hervorragenden Kenntniss der deutschen Sprache. Über ihn liegen inzwischen so viele Berichte vor⁷, dass hier zu Person und Funktion keine näheren Angaben nötig sind. Schon damals wussten wir, dass Tulpanow Philosophie studiert und viele Jahre als Parteisekretär der KPdSU gearbeitet hatte. Unbekannt war uns hingegen, dass seine Eltern in der Stalinschen Säuberung 1937 - wie Millionen anderer Sowjetbürger - verfolgt worden waren.

Ich hatte Tulpanow bereits auf dem 1. Parlament der FDJ 1946 in Brandenburg/Havel erlebt, wo er die „Jugendfreunde“ mit seiner impulsiven Begrüßung begeisterte. Während einer Pause hatte er mehrere westdeutsche „Delegierte“ zu sich gebeten und sich vor allem mit Hans Wagner aus Frankfurt am Main unterhalten.⁸ Dabei hatte ich nur zugehört, denn nach meinen Angriffen auf die westlichen Besatzungsmächte verspürte ich keine Lust, nun etwa der anderen Besatzungsmacht Reverenz zu erweisen. Durch den Einfluss oppositioneller Kommunisten war ich allen Besatzungsmächten gegenüber kritisch.

In Kleinmachnow referierte Tulpanow mit kräftiger und tiefer Stimme vor den Teilnehmern sämtlicher Lehrgänge. Darüber, wie er danach im Kreis der Hochschullehrer weitere Überlegungen und neue Maßnahmen erörterte, hat später Wolfgang Leonhard berichtet⁹. Im Vortrag und bei der Diskussion zeigte sich Tulpanow zurückhaltender als vor dem Lehrkörper, dennoch ließen seine Ausführungen erahnen, dass eine Änderung der politischen Linie bevorstand. Er griff zwar den „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus noch nicht direkt an, verwies aber auf die „gemeinsamen“ Inhalte beim „Übergang zum Sozialismus“. Allerdings ließ aufhorchen, dass er von einer fast zwangsläufigen Entwicklung der „Volksdemokratien“ zur „Diktatur des Proletariats“ sprach. Damit ging er also noch einen Schritt weiter als sein Vertreter Nasarow wenige Monate zuvor bei der Eröffnungsfeier in Kleinmachnow. Entscheidend war, dass Tulpanow über den „Weg zum Sozialismus“ sagte, es gebe spezifische Formen, die den nationalen Bedingungen entsprächen, der Inhalt müsse und würde immer gleich sein. Tulpanows Vortrag wurde (wenn auch in abgeschwächter Version) im Organ der SMAD „Neue Welt“ unter dem Pseudonym Perling abgedruckt. Fritz Schulze schloss aus Tulpanows Referat in einem Gespräch (natürlich „unter uns“), nun werde schon bald die Übertragung des sowjetischen - also des stalinistischen - Modells auf Osteuropa und wahrscheinlich auch auf die SBZ erfolgen. Mir leuchtete das sofort ein, und tatsächlich ist die Entwicklung dann so verlaufen.

Nur wenige Tage nach Tulpanow, am 24. April, einem Samstag, sprach Franz Dahlem über „aktuelle Parteifragen“. Dahlem galt schon damals in der westlichen Presse zu Recht als Gegenspieler Ulbrichts in der Partei. Auch er hatte bereits seit 1928 dem Polbüro der KPD angehört, ging dann in die Emigration nach Frankreich und war im spanischen Bürgerkrieg aktiv, schließlich von 1941 bis 1945 inhaftiert im KZ Mauthausen. Neben Pieck, Ulbricht und Ackermann saß er im Spitzengremium der KPD, dem Sekretariat. In der SED wurde er für Kader und Westfragen zuständig. Seinerzeit vermuteten viele in Dahlem den Kopf der

7 Vgl. vor allem Bernd Bonwetsch/G. Bordjugow/N. Naimark (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949, Bonn 1998, S. 143f. sowie Sergej Tjulpanow, Erinnerungen. Deutschland nach dem Krieg. Hrsg. S. Doernberg, Berlin (Ost) 1986.

8 Vgl. seinen eigenen Hinweis in seinen Erinnerungen, S. 219f.

9 Vgl. Wolfgang Leonhard, Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1955, S. 482ff., dort auch ausführlich die Beschreibung des Referats.

„Westemigranten“ und Gegner der „Moskauer Gruppe“. Ulbricht konnte ihn 1952 absetzen und hatte ihn sogar als Hauptangeklagten für einen DDR-„Schauprozess“ vorgesehen. Nur der Tod Stalins 1953 und die „Entstalinisierung“ ab 1956 haben ihn davor bewahrt, doch seinen alten Einfluss erhielt er nie wieder zurück.

Franz Dahlem war in Lothringen geboren, aber in Saarbrücken und Köln aufgewachsen und sprach ein auffallend hartes Deutsch. Er war indes ein viel besserer Redner als Ulbricht. Persönlich fast unnahbar, galt er ebenso wie Pieck oder Ulbricht als Autorität in der SED. An diesem Samstag war Dahlems Vortrag recht lang, und die Diskussion überschritt die eingeplante Zeit von 11 bis 13 Uhr. „Neues Deutschland“ hatte einen Artikel Dahlems zum 78. Geburtstag Lenins gebracht, und in seinem Referat befasste er sich ebenfalls mit dem „Schöpfer der Partei neuen Typus“. Er verlangte, die SED müsse „Avantgarde“ der Arbeiterklasse werden. Daher sei ein „fester Funktionärsstab“ zu bilden und „Selbstkritik als eine der besten Methoden zur Verbesserung der Parteiarbeit anzuwenden“. Der Kaderchef forderte vor uns schon so unverblümt wie wenige Monate später („Neues Deutschland“ vom 3. August), „Feinde der Sowjetunion aus der Partei zu verjagen“ und gegen „schädliche und feindliche Elemente rücksichtslos vorzugehen“. Damit machte er deutlich, dass die Parteiführung beabsichtigte, einen härteren Kurs einzuschlagen. Typisch dafür war sein zugespitzter Angriff auf die westdeutsche Sozialdemokratie. Besonders heftig wandte er sich gegen „illegale Arbeit der Schumacher-Organisation in der SBZ“, die er beschuldigte, nun außer Spionage und Sabotage auch noch „Kriegsvorbereitung“ zu betreiben. Seine schrillen Töne wirkten wie ein Prolog zur späteren Verleumdung, die „rechten SPD-Führer“ seien diese „neuen Kriegsverbrecher“, ja diese „Kriegsverbrecher an der Spitze der SPD“ stünden „in der ersten Reihe“, wenn der „Neofaschismus“ sein Haupt erhebe („Neues Deutschland“ vom 9. Dezember 1948).

Dahlems Attacken haben viele von uns irritiert, vor allem natürlich ehemalige Sozialdemokraten. Ein kluger Genosse wie Fritz Schulze sah darin die Gefahr, dass die alte „Sozialfaschismus“theorie von vor 1933 wieder hervorgeholt werde. Aufgrund seiner Erfahrungen sagte er dies vorsichtigerweise nicht in der Diskussion, sondern äußerte seine Bedenken in einem Gespräch mit Picasso, Hense, Schneider, Mehring und mir.

Etwa drei Wochen danach, am 13. Mai, hielt dann ein Führer der westdeutschen Kommunisten ein Referat an der Parteihochschule. Kurt Müller hatte in Berlin auf der Tagung des Parteivorstandes der SED über die Streikbewegung im Westen gesprochen, und traf verspätet in Kleinmachnow ein. Die Aufmerksamkeit war dennoch groß, weil sein Thema „Die politische Lage und unsere Arbeitsbedingungen im Westen“ ja nicht nur uns KPD-Genossen interessierte.

Kurt Müller kam auch deshalb gut an, weil er - im Berliner Tonfall - überaus fesselnd zu reden verstand. Nur wenige wussten - und auch ich erfuhr viele Tatsachen erst später - was für einen dramatischen Lebensweg der 45-jährige bereits hinter sich hatte. Müller, seit 1919 in der kommunistischen Jugendarbeit aktiv, war 1927/28 Mitarbeiter der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau. Im Jahr 1929 wurde er Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und damit zugleich Mitglied des ZK der KPD. 1931 als Kandidat ins Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern, also deren höchstes Organ berufen, arbeitete er 1931/32 als Sekretär der Jugendinternationale. Dort wurde er 1932 als Anhänger des Thälmann-Gegners Heinz Neumann abgelöst und zur Arbeit in ein Autowerk nach Gorki strafversetzt. Müller kehrte 1934 nach Deutschland zurück, um die illegale Arbeit der KPD in Südwestdeutschland zu leiten. Im September 1934 verhaftet, saß er bis 1940 im Zuchthaus Kassel-Wehlheiden und danach bis 1945 im KZ Sachsenhausen. Nach 1945 leitete er die KPD

in Niedersachsen. Kurz vor seinem Besuch in Kleinmachnow war Kurt Müller 2. Vorsitzender der KPD in Westdeutschland und damit Stellvertreter von Max Reimann geworden. Müller zog als KPD-Abgeordneter 1949 in den Deutschen Bundestag ein. Aber schon im März 1950 war er der erste Spitzenfunktionär, der vom (gerade gegründeten) Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verhaftet wurde. Im Gefängnis sollte er von Mielke für einen geplanten DDR-Schauprozess „präpariert“ werden.¹⁰ Vom sowjetischen Militärtribunal verurteilt, wurde Kurt Müller im Oktober 1955 aus sowjetischer Haft entlassen. Er kehrte in die Bundesrepublik zurück und wurde Mitglied der SPD. Jahrzehntlang waren wir dann eng miteinander befreundet, bei seiner Beerdigung am 24. August 1990 habe ich die Grabrede gehalten.

Das alles konnte ich 1948 natürlich nicht im entferntesten ahnen. Ich hörte mir seinen Vortrag mit einer gewissen Skepsis an, denn Kurt Müller galt - etwa bei Willy Boepple - als harter Stalinist. Aber er beurteilte die Lage in Westdeutschland doch nuancierter, als ich es erwartet hatte. Auch die Angriffe des 2. KPD-Vorsitzenden gegen die SPD waren bei weitem nicht so schonungslos wie die von Seiten Dahlems. Besonders gespannt waren wir alle auf seinen Bericht über die Konferenz der westdeutschen KPD in Herne am 27. April 1948. Dort wurde erstmals ein Parteivorstand für die drei Westzonen gebildet (und wie gesagt Reimann KPD-Vorsitzender und Müller sowie Walter Fisch seine Stellvertreter). Bemerkenswert aber vor allem: Die etwa 300 Delegierten beschlossen die Umbenennung der KPD in „Sozialistische Volkspartei Deutschlands“. Damals hatte die KPD den Höhepunkt ihrer politischen Bedeutung in Westdeutschland bereits überschritten (bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen hatte die KPD 1947 noch 14 Prozent der Stimmen bekommen), und alle ihre Anstrengungen und Tricks, Sozialdemokraten für eine „Einheitspartei“ zu gewinnen, waren kläglich gescheitert.

Ziel der Umbenennung war einerseits der Versuch, durch Tarnung Einfluss zurückzugewinnen, andererseits sich mit dem Namen „Sozialistische Volkspartei“ als Alternative zur „verräterischen“ SPD auszugeben. Doch die Militärregierungen der drei Westzonen haben diese Änderung nicht gestattet, so klang aus dem Referat Müllers bereits heraus, die KPD würde unter ihrem alten Namen weiterbestehen. Er berichtete auch, dass für die Umbenennung der Partei zwar die Mehrheit von 251 Delegierten votiert habe, sich aber 19 enthalten und sogar 18 dagegen gestimmt hatten, und zwar vor allem Delegierte aus dem Südwesten. Das war immerhin sehr erstaunlich bei der gewohnten Einstimmigkeit in den Kommunistischen Parteien. Allerdings geht heute aus den Akten hervor, wie massiv sich das Zentralsekretariat der SED danach einmischte. Schon am 3. Mai 1948 beschloss die SED-Führung: „Wegen der ablehnenden Stellungnahme der Delegierten des Landesverbandes Württemberg-Baden soll vom Parteivorstand der SVD eine Konferenz des Landesverbandes durchgeführt und Kurs darauf genommen werden, die Leitung des Landesverbandes zu ändern“. Auch bei der KPD hat die Berliner Führung der SED also zu keiner Zeit irgendwelche Abweichungen erlaubt.

Nach dem Referat traf sich Kurt Müller mit uns westdeutschen Hochschülern. Das war seinerzeit gängige Praxis; als z.B. Reimann in Berlin war, kam er im Februar 1948 ebenfalls nach Kleinmachnow, um uns kennen zu lernen. An die damalige Unterhaltung mit Kurt habe ich 1990 in der Rede an seinem Grab nochmals erinnert: „Auf der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ hielt er [Müller] damals einen Vortrag. Wir wenigen westdeutschen Studenten haben uns anschließend mit ihm zusammengesetzt. Da fiel mir allerdings schon auf, dass Kurt

¹⁰ Einzelheiten dazu und zu seinem Lebenslauf finden sich in Dieter Dowe (Hrsg.), Kurt Müller (1903-1990) zum Gedenken, F. Ebert-Stiftung, Bonn 1991. Vgl. auch die Kurzbiographie in Weber, Wandlung, S. 227.

Müller wie alle KPD-Funktionäre den Stalinismus verteidigte, stalinistische Positionen einnahm, aber dass er eigentlich doch in einer anderen Art und Weise argumentierte. Der Unterschied zum KPD-Vorsitzenden Max Reimann, der wenige Wochen zuvor zu uns gesprochen hatte, war sehr deutlich. Man merkte, Kurt Müller kam es nicht auf Phrasen an, sondern ihm kam es darauf an, Menschen zu gewinnen, indem er versuchte zu überzeugen. Er hat schon seinen Sach- und Fachverstand eingesetzt, um überzeugend wirken zu können, damals allerdings leider für eine Sache, die diesen Einsatz nicht wert gewesen ist.“¹¹

Die Reden von Tulpanow, Dahlem, aber auch Müller im April und Mai waren für uns sehr aufschlussreich, hatten sie doch spüren lassen, dass eine Wende in der SED-Politik bevorstand. Genau genommen hatte dies Walter Ulbricht in seinem Referat am Freitag, 16. April 1948 (wenige Tage vor Tulpanow und Dahlem), schon signalisiert. Ulbricht war inzwischen zunehmend der immer stärker bestimmende Mann an der SED-Spitze. Seine Biographie ist so bekannt, dass an dieser Stelle darüber nichts ausführlicher zu sagen ist. Seit 1929 gehörte er dem Politbüro der KPD an, bereits in der Emigration und dann 1945/46 hatte er schrittweise seinen Einfluss (auf Kosten des Vorsitzenden Pieck) erweitert. 1950 gelang es ihm, dies als „Generalsekretär“ der SED auch nach außen zu demonstrieren. Mit seiner sächsischen Fistelstimme ein schlechter Redner, setzte er sich aber als erfolgreicher Organisator durch. Wie die meisten Menschen, selbst viele Funktionäre, brachte ich für Ulbricht keine Sympathie auf. Und wenn ich mich recht zurückerinnere, habe ich mir weder 1947 (wir hatten ihn ja schon in Liebenwalde erlebt) noch bei seinen großen Auftritten im April, Juni und August 1948 vorstellen können, dass dieser Funktionär einmal der Chef der diktatorischen SED sein würde. In den Vorlesungen und bei Diskussionen schienen mir Pieck, Grotewohl, Dahlem und Ackermann ihm weit überlegen. Das empfand wohl nicht nur ich so, allerdings waren das damals politisch recht unbedarfte Überlegungen. Ulbricht stützte sich auf Moskau, befolgte Stalins Vorgaben und konnte als dessen Vasall aufsteigen. Er besaß nicht nur den politischen Instinkt, um alle Wendungen rechtzeitig zu bemerken und sich anzupassen, sondern verfügte über hervorragende Verbindungen zur SMAD, sodass er alle Konkurrenten beiseiteschieben konnte. Erst 25 Jahre später, bei seinem Tod 1973, kam ich zu einer generellen Einschätzung. Und für mich bleibt zutreffend, was ich vor fast dreißig Jahren über ihn geschrieben habe:

„Da Ulbricht kein glänzender Volkstribun, sondern Mittelmaß war, ein miserabler Redner, schlechter Schriftsteller, eine theoretische Null, musste er andere Fähigkeiten besitzen, um an die Macht zu kommen und diese zu behaupten. Sein Organisationstalent, sein erstaunliches Gedächtnis, seine Arbeitsenergie und die Mischung von starrdogmatischer Haltung und flexibler Anpassung erklären seinen Aufstieg... Ulbricht verstand sich als Marxist, die von ihm mitgeschaffene DDR als sozialistische Gesellschaft. Doch Sozialismus war für ihn nicht Emanzipation des arbeitenden Menschen, sondern Allmacht der Partei. Mit seinem Namen ist daher für Deutschland nicht nur die Teilung verbunden, sondern auch die Diffamierung des Sozialismus...“¹²

Der spätere Personenkult um Ulbricht existierte 1948 noch nicht. Erkennbar war jedoch sein wachsender Einfluss, weil er hier als erster, noch vor Tulpanow oder Dahlem, eine Verschärfung des SED-Kurses durchblicken ließ. Unter dem harmlos klingenden Titel „Demokratische Wirtschaftsplanung in Deutschland“ hatte er am 16. April in einer Parteiver-

11 Vgl. Dowe, Müller, S. 13f.

12 Hermann Weber, Walter Ulbricht überlebte sich selbst, in: Metall, Zeitschrift der IG Metall, vom 21. August 1973.

sammlung vor Lehrern und Schülern sämtlicher Kurse der Parteihochschule referiert. Über diesen Vortrag (und einige andere) hat sich Wolfgang Leonhard 1948 handschriftliche Notizen gemacht und diese erstaunlicherweise über die Jahrzehnte hinweg aufbewahren können. Da er mir dankenswerterweise Kopien überließ, sind Ulbrichts Ausführungen authentisch nachzuzeichnen.

Neben vielen Allgemeinplätzen über den „demokratischen Aufbau“ in der SBZ und Kritik an den westdeutschen Zuständen erwähnte Ulbricht bereits Details der Überlegungen der SED-Führung zu einer neuen Parteilinie (die er dann auf der Parteivorstandssitzung im Juni noch genauer erläuterte). Den Hauptteil seines dreistündigen Vortrages nahmen natürlich der Halbjahrplan 1948 und der Zweijahrplan 1949/50 ein. Dessen Ziel war, die Produktion zu erhöhen und die „volkseigene“ Wirtschaft mit der in der UdSSR und in den „Volksdemokratien“ zu koordinieren. Vor allem aber prognostizierte er eine „Verschärfung des Klassenkampfes“ und betonte, es gebe „kein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus“. Ulbricht stellte die - von Kommunisten oft benutzte, auf Lenin zurückgehende - Frage nach dem entscheidenden „Kettenglied“, das ergriffen werden müsse, um voranzukommen. Seine Antwort lautete: „Schaffung eines ideologisch festen, disziplinierten Funktionärskörpers“. Dies sei der dringende nächste Schritt, mit dem sich die Parteiführung derzeit beschäftige. Nur so könne die notwendige Umformung der SED in eine „Partei neuen Typus“ erreicht werden. Dabei seien Mitglieder, die „gegnerischen Ideologien“ anhängen, insbesondere „Schumacher-Leute“, rasch „rücksichtslos zu entfernen“ und „Kritik und Selbstkritik“ unerlässlich. Aber jüngere Funktionäre, vor allem Absolventen von Parteischulen, seien besonders zu fördern. Damit wandte Ulbricht sich auch direkt an uns: nach erfolgreichem Abschluss der Lehrgänge würden bedeutende Aufgaben auf die ausgebildeten Kader zukommen. (...)

Ein Donnerschlag! Die Flucht von Wolfgang Leonhard

Schon am 12. März 1949 (...) war einer der hoffnungsvollsten Dozenten der Parteihochschule, Wolfgang Leonhard, nach Jugoslawien geflüchtet. Damit hatte er als oppositioneller Kommunist aus der Stalinisierung der SED für sich persönlich die Konsequenzen gezogen. Über seine Entscheidung und deren Folgen hat er - wie im Stalinismus üblich als „Agent“ und „Trotzkist“ verfemt - 1955 in seinem Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ berichtet. Und anhand der Akten konnte er 1998 zudem die Reaktionen von SED und MfS beschreiben.¹³ Leonhards Flucht erregte seinerzeit im Westen ebenfalls großes Aufsehen. „Der Spiegel“ schilderte (wenn auch mit vielen Fehlern) die „Sensationen im roten Kloster“.

In Kleinmachnow und in der Parteizentrale in Berlin hat es allerdings einige Tage gebraucht, um Leonhards Verschwinden und noch länger, um seine „Flucht zu Tito“ aufzudecken. Aber dann brach auf der Parteihochschule eine Welle von Versammlungen und empörten Stellungnahmen los, es gab stundenlange Diskussionen über „fehlende Wachsamkeit“. Hatte schon das Verschwinden des früheren Sozialdemokraten Hermann Möhring

13 Vgl. Leonhard, *Revolution*, Vorwort und S. 540ff.; Wolfgang Leonhard, *Spurensuche. 40 Jahre nach „Die Revolution entlässt ihre Kinder“*, Köln 1992, S. 225ff.; Wolfgang Leonhard, *Im Fadenkreuz der SED. Meine Flucht von der Parteihochschule „Karl Marx“ im März 1949 und die Aktivitäten der Zentralen Parteikontroll-Kommission*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 46. Jg. (1998), H. 2, S. 203ff. Vgl. auch das Interview mit Karlen Vesper in „*Neues Deutschland*“ vom 12. März 1999 sowie das Gespräch mit Schafranek in: Hans Schafranek, *Kinderheim No. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil*, Wien 1998, S. 209ff.

Ärger bereitet, so bedeutete die Flucht des in der Sowjetunion erzogenen Kommunisten Wolfgang Leonhard eine Katastrophe. Unseren Zweijahreslehrgang traf der Schreck mit einiger Verspätung, da wir ja noch „auswärts“, im praktischen Einsatz waren.

So blieben uns die erste grundsätzliche Verdammung des Trotzismus am 29. März (selbstverständlich vorgetragen von Abraham) und die vielstündige Veranstaltung am 30. März zur „Trotzkistischen Agententätigkeit und der Fall Leonhard“ erspart. Natürlich wurde in den folgenden Tagen die Diskussion intensiv fortgesetzt. Als wir uns am Montag und Dienstag (4. und 5. April) aus der Praxis zurückzumelden hatten, wurden wir sofort einbezogen. Anstatt - wie geplant - ab Donnerstag, 7. April, zehn Tage Osterurlaub zu genießen, galt es Tag für Tag Leonhard als „Agenten“ zu brandmarken. Besonders aggressiv geschah dies auf einer Lehrerversammlung am 6. und 7. April.¹⁴ Am Sonntag, 10. April, fand dann ab 15 Uhr eine Art erste Abschlussdiskussion sämtlicher Lehrgänge statt. Direktor Lindau tobte geradezu und beschimpfte - so wie später auch in seinem Brief an Wilhelm Pieck¹⁵ - Wolfgang Leonhard als „Schurken, Schuft, Mistkerl und Agenten“. Schließlich verabschiedeten wir einstimmig (!) eine Resolution. Darin hieß es u.a.:

„Schon der provokatorisch-trotzkistische Artikel der Genossin Erna Stracke im „N.D.“ musste als ein ernsthaftes Signal dafür dienen, dass an der Parteihochschule „Karl Marx“ die trotzkistische Gefahr stark unterschätzt wurde. Der Ernst unseres Versäumnisses wird dadurch unterstrichen, dass sich das Politbüro der Partei genötigt sah, zu dieser Angelegenheit in einer öffentlichen Erklärung Stellung zu nehmen. Wie berechtigt diese Mahnung zur Wachsamkeit war, kam noch erschreckender dadurch zum Ausdruck, dass ein Lehrer der Parteihochschule, Wolfgang Leonhard, als niederträchtiger trotzkistischer Agent der imperialistischen Reaktion an der Parteihochschule sein Unwesen treiben konnte. Unter dem erschütternden Eindruck dieser Tatsachen haben Lehrkörper und Schülerschaft in Sondervorlesungen, Lehrerkonferenzen und Parteiversammlungen zur Frage der trotzkistischen Gefahr Stellung genommen. ... Welches gefährliche Ausmaß die trotzkistische Gefahr annehmen kann, das zeigt besonders deutlich die verräterische, verbrecherische trotzkistische, sowjet- und friedensfeindliche Politik der Tito-Clique in Jugoslawien. ... Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit, dieser Gefahr mit äußerster Klassenwachsamkeit und Entschlossenheit entgegenzutreten, die trotzkistischen Verbrecher schonungslos zu entlarven und unschädlich zu machen...“

Es gab ab Montag, 11. April, nur eine kleine Verschnaufpause. Die meisten Kursanten fuhren bis zum 18. April in den nun einwöchigen Osterurlaub. Aber gleich nach der Rückkehr am 19. April, mit dem offiziellen Start des 4. Semesters, rückte auch der „Fall Leonhard“ wieder in den Mittelpunkt.

Ostern gelang es uns also für ein paar Tage, das Ganze noch zu verdrängen. Wir Westdeutschen sind mit einigen anderen in Kleinmachnow geblieben. Daran erinnert sich Gerda: Die Parteihochschule war fast ausgestorben, sodass Hermann und ich gemeinsam ein schönes ruhiges Fest feiern konnten. Zum Glück hatte ich mir von der „Praxis“ noch Zucker-, Mehl- und Fettmarken aufgespart. Die „Küche“ sah sich somit imstande, uns davon eine köstliche Ostertorte zu backen. Und die konnte ich dann sogar - was uns beiden gut gefiel - auf „privatem Porzellan“ kredenzen. In Meerane hatte ich nämlich bei einer der seltenen örtlichen Haushaltwaren-Zuteilungen mein erstes eigenes (Streublümchen-) Kaffeeservice, noch

14 Zu den Einzelheiten vgl. Leonhard, Fadenkreuz, S. 294ff.

15 Vgl. Jürgen Schröder, Rudolf Lindau, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997, Berlin 1997, S. 285.

dazu ohne Bezugsschein, ergattert. So wurde Ostern für uns auch ein „Gaumenfest“. An den Feiertagen erfreuten wir uns bei abendlichen Tanzveranstaltungen im nahe gelegenen Teltow.

Der Unterricht, der am 20. April für das nun letzte Semester begann, schien zunächst in den gewohnten Bahnen zu verlaufen. Bis zum kurzen Pfingsturlaub Anfang Juni wurde in den Vorlesungen (von Lemnitz und Oelßner) die Marxsche Theorie weiter abgehandelt, etwa über das „zinstragende Kapital“ oder über die „Grundrente“ gesprochen. In Grundfragen referierten Lindau und Teubner (über Lenins „Zwei Taktiken“), in Geschichte behandelte Melis die III. Internationale, und entsprechend der Kampagne wurde nun der „Kampf gegen Trotzismus“ in den Vordergrund gerückt, wobei dieser Begriff als Synonym für alle Abweichungen und innerparteilichen Feinde galt.

Das zeigte sich deutlich in der Gruppe Philosophie. Schon in der Fakultätssitzung am 7. April hatte die „selbstkritische Stellungnahme zu Fragen des Trotzismus“ auf der Tagesordnung gestanden. Bei der Besprechung der „planmäßigen Vorlesungen“ im 4. Semester kamen zu den „Einzelproblemen des historischen Materialismus“ und dem „Studium der Klassiker“ vor allem „Beispiele“ für die „Anwendung der marxistischen Methode in der aktuellen Politik“. Darüber sollten in der Philosophie [!] Ulbricht, Grotewohl, Dahlem usw. referieren. Als überraschend Ackermann noch hinzukam, entbrannte in dieser vierstündigen Fakultätssitzung eine heftige Debatte zwischen ihm und Stern. Sie war, ähnlich wie der Streit zwischen Zweiling und Stern, recht abstrakt. Das Protokoll verzeichnet: „Gen. Ackermann ist der Meinung, dass Stoff und Welle zwei verschiedene Erscheinungsformen, zwei Seiten der Materie sind und daher die Welle nicht als stofflich bezeichnet werden kann. Gen. Stern meint, dass auch die Welle eine Zustandsveränderung der Materie darstellt und daher stofflich ist, d.h. einen stofflichen Träger braucht.“

Die Diskussion zum Trotzismus war brisanter. Zunächst teilte Matthäus Klein „einige Beobachtungen über Leonhard mit“. Er übte fortan heftigste Kritik an Wolfgang, schäumte geradezu, wenn er den „Trotzkisten“ angriff. Dass dies Schutzbehauptungen und Angst vor Entdeckung waren, wissen wir inzwischen. Schließlich hatte er sich Leonhard gegenüber als Stalin-Hasser offenbart und musste angesichts der Wachsamkeitskampagne entsetzliche Qualen durchlebt haben - aber er hatte Glück, es wurde nichts davon erwähnt.¹⁶ Dann übten die ehemaligen KPO-Mitglieder Eppinger und Arnold Selbstkritik, warfen der KPO sogar „Trotzkismus“ vor. Theilen führte gar „Schwankungen“ seines Vaters an. Nunmehr war die politische Indoktrination auch in der Fakultät Philosophie angekommen, der Kampf gegen den „Trotzkismus“ wurde zum Schwerpunkt, z.B. in der Sitzung vom 22. April, der letzten, an der ich als Aspirant teilnahm. Doch nicht nur ich gab die Aspirantur auf, auch das „Ausscheiden des Gen. Scharf“ wurde mitgeteilt.

Wie alle hatte Götz Scharf bereits in der Lehrerversammlung am 6. April heftig gegen Leonhard und den Trotzismus gewettert. Außerdem gab er zu, er habe sich im Westen eine Broschüre des „Renegaten“ Koestler gekauft, was er selbstkritisch „Objektivismus“ nannte. Zerknirscht ging er in der Versammlung vom 10. April viel weiter. Er müsse etwas „gestehen“. „Erfahrene Genossen haben uns gezeigt, dass Agenten oft dadurch neue Agenten werben, dass bisher unbescholtene Genossen in ihre Fänge geraten. Und warum? Weil sie der Partei etwas verschweigen oder sie gar belogen hatten. Die Erpressung war dann sehr leicht. Das ist für mich eine ernste Lehre, denn auch ich habe die Partei belogen, verschwieg ich doch in meinem Fragebogen, dass ich in der HJ eine bedeutende Funktion innehatte. Wenn ich mir

16 Vgl. Leonhard, Fadenkreuz, S. 309; Leonhard, Gespräch Schafranek.

vorstelle, ein Agent wie Leonhard hätte das erfahren und mich unter Druck gesetzt...“ Scharf nutzte also die Gunst der Stunde, um für seinen Betrug eine Absolution zu erhalten. Er war schlau genug, um zu merken, dass die Hysterie über Agenten ihm die Gelegenheit bot, persönlich mit einem „blauen Auge“ davonzukommen. Schulleitung und Parteiführung honorierten das „gute Beispiel“, das er gegeben hatte. Scharf verlor zwar seinen Lehrerposten und kam zur Bewährung als Angestellter in einen Betrieb. Aber schon im Mai 1950 durfte er zur Parteihochschule zurückkehren und brachte es dort noch zum Professor, später war er an der Uni Greifswald. 1990 hat Götz Scharf Selbstmord begangen.

Die wichtigsten politischen Diskussionen fanden in den Parteiveranstaltungen statt, die sich unendlich ausdehnten. Dafür sorgte neben Direktor Lindau vor allem der neu eingesetzte Parteisekretär. Nach den „Fällen“ Stracke und Leonhard war Otto Heckert als Parteisekretär abgelöst worden, an seine Stelle trat Ende März Hans Mickin. Seit September 1948 Kursant im vierten Halbjahreslehrgang, ist er dort vorfristig abgezogen worden. Mickin hatte sich zwar gegen die Ernennung zum Parteisekretär gewehrt, aber nach dem Beschluss des Sekretariats versprochen, sich voll einzusetzen. Und genau das tat er dann als einer der Eifrigsten beim Aufspüren von Parteifeinden und als Einpeitscher beim Kampf gegen den „Trotzkismus“. Allerdings wussten die wenigsten, dass der 41-jährige Mickin ein sehr schweres Leben gehabt hatte. Er wuchs als uneheliches Kind (Vater ein Arzt) in einem Pflegeheim auf. Seit 1929 war er Mitglied der KPD und im Arbeitersport „Fichte“ aktiv, wurde 1935 zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt. Mickin verbrachte zehneinhalb Jahre in Haft, davon über ein Jahr in strengster Einzelhaft. 1945 an leitender Stelle in der Berliner Polizei, kam er 1946/47 in die Deutsche Verwaltung des Inneren, wurde Chefinspektor, kurze Zeit sogar Vizepräsident.

Als Parteisekretär der Parteihochschule ist Mickin schon nach einem Jahr entlassen worden. Lindau hatte ihm „Methoden des Kommandierens, die Tendenz sich der Kritik zu entziehen“, vorgeworfen. Mitte 1950 wurde sogar ein Untersuchungsverfahren gegen ihn eingeleitet, die ZPKK sprach ihm „wegen Verletzung der Parteimoral eine Rüge“ aus. Mickin war vom Direktor bezichtigt worden, seine Funktion „Zur Befriedigung seiner Gelüste schändlich missbraucht zu haben.“ Er wehrte sich zwar, „ich laufe Frauen nicht nach und bin auch kein Säufer“, musste aber „Beziehungen“ zu Schülerinnen sowie Alkoholprobleme eingestehen. Später wurde er Arbeitsdirektor im Walzwerk Hennigsdorf, danach Angestellter im Stadtbezirk Berlin-Weißensee. Von 1964 bis 1978 war Mickin Mitarbeiter der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig und Vizepräsident des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR.

Im Parteiverfahren gegen Mickin kam auch eine fast unbekannte Seite der Hierarchie an der Parteihochschule ans Tageslicht. Eine Kursantin hatte über die „Annäherung“ des Parteisekretärs ausgesagt, „sie sei deswegen nicht energisch aufgetreten, weil sie Angst gehabt habe, Gen. Mickin sei als Parteisekretär ein einflussreicher Genosse, der bei den Charakteristiken mitarbeitet. Es würde ihr so ergehen wie es bereits anderen Genossen ergangen ist, die Gen. Mickin kritisiert haben.“ Es bestanden also Abhängigkeiten, es herrschte Furcht vor Karrierebrüchen durch negative „Charakteristiken“. Ausgerechnet dieser Funktionär überschlug sich 1949 in den Parteiversammlungen als Scharfmacher gegen Leonhard und den „Trotzkismus“. In einem Brief an Pieck vom 21. April stellte er fest, vor allem die Jüngeren an der Parteihochschule hätten „über den wirklichen Charakter des Trotzkismus keinerlei Kenntnisse“, aber trotzkistische Veröffentlichungen gingen „als Rarität von Hand zu Hand“. Natürlich kannten wir seinen Brief nicht, aber ähnliche Töne gab Mickin auch vor uns laufend von sich.

Es zeigte sich: In der Entwicklung der Parteihochschule brachte die Flucht Wolfgang Leonhards im März 1949 nach Jugoslawien einen tiefen Einschnitt. Was uns an stalinistischer Praxis schon vorher das Leben schwer gemacht hatte, war nichts gegen das, was nun über uns hereinbrach. Denn jetzt waren Kritik und Selbstkritik gewissermaßen zum „Hauptfach“ und damit die Suche nach „Agenten“ zur Manie geworden. Niemand konnte sicher sein, ob nicht irgendein kritisches Wort, das er früher unbefangen gesagt hatte, in einer Selbstkritikveranstaltung wieder auftauchen und ihm zum Verhängnis werden würde. Die Praktiken der entwürdigenden Kritik und Selbstkritik bewiesen außer dem politischen zugleich den moralischen Niedergang des Stalinismus. Inzwischen war wohl jedem klar, dass der Vorwurf „Parteifeind“ nicht nur einen Verweis von der Schule zur Folge hatte, sondern sogar ins Gefängnis führen konnte. Es entstand eine unerträgliche Atmosphäre.

Beispielsweise musste selbst Hilde Bamberger, die Zimmerkollegin von Gerda, die immer fleißig und diszipliniert war, nun harte Vorwürfe über sich ergehen lassen. Schon im Dezember 1948 hatte Dekan Paterna mitgeteilt, „dass sie seit ihrer Freundschaft mit dem Genossen Dr. Schie [!] in parteischädigender Weise kleinbürgerliche Auffassungen vertritt und sich den Einwirkungen des Kollektivs widersetzt“. Dies wurde nach der Flucht Wolfgang Leonhards - wie so viele frühere „Schwächen“ anderer Hochschüler - hervorgekramt, um die Selbstkritik zu forcieren und an solchen Beispielen die fehlende „Wachsamkeit“ nachzuweisen. Schließlich sollte sogar geprüft werden, ob Hilde Bamberger „weiterhin auf der Schule verbleiben soll“, doch verließ auch sie den Lehrgang mit uns erst im November 1949.

Krankhafter Argwohn

Als ein Instrument der Indokration diente maßgeblich der „Kampf gegen den Objektivismus“. Dies hieß, die Argumente von „Feinden“ hatten in der Lehre nichts zu suchen, also war es falsch gewesen, dass wir beim Studium Lenins auch Werke seiner Kontrahenten studiert hatten. Strikte Parteilichkeit wurde beschworen, denn es gebe keine „objektive“ Wissenschaft. Wer verlange, gegnerische Literatur zu lesen, um sich ein „objektives Bild“ zu verschaffen, sei dem klassenfeindlichen „Objektivismus“ verfallen. Und das betraf natürlich Fritz Schulze, denn ihm wurde vorgeworfen, an der Schule sogar Trotzki-Broschüren verliehen zu haben. Ungeachtet aller Angriffe vertrat er weiterhin offen die Ansicht, um sich eine eigene Meinung bilden zu können, müsse man „beide Seiten“ kennen. Er forderte, außer Lenins Schriften auch die seiner Gegner zu studieren, ja er beharrte darauf, nicht allein den „Kurzen Lehrgang“, sondern ebenso Bucharin oder Trotzki zu lesen. Doch solche Selbstverständlichkeiten der Wissenschaft galten nun geradezu als Blasphemie.

Schließlich wurde sogar die Bibliothek „gesäubert“, deren Leiterin Li Seehof hatte ohnehin Ärger bekommen. Auf der Lehrerkonferenz war sie angegriffen worden, weil sie das berühmte Buch von John Reed „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ ausgeliehen habe. Dieses Werk hatte Lenin zwar als „wahrheitsgetreu“ bezeichnet und wollte es „in Millionen Exemplaren verbreitet“ wissen. Doch weil Stalin darin kaum, Trotzki, Sinowjew oder Bucharin, die wahren Revolutionsführer, aber umso öfter genannt wurden, stand das Buch in der Stalin-Ära auf dem Index (erst 1957 erschien in Ostberlin eine Neuauflage). Li Seehof redete sich heraus.

Der „Kampf gegen den Objektivismus“ hatte weitreichende Folgen. Für die meisten Hochschüler gab es nur noch die monotonen Ost-Publikationen, denn im öffentlichen Lesesaal lagen ab Juni keine Westzeitungen mehr aus. Lediglich uns Westdeutschen wurde gestattet, in einem Sonderzimmer einige Westblätter einzusehen, wir sollten bei unserer

Rückkehr im Herbst ja einigermaßen auf dem Laufenden sein. Aber Zeitschriften wie der „Monat“, in dem viele Exkommunisten die westliche Freiheit verteidigten, blieben selbst für uns tabu. Freilich konnte man den „Monat“ ja überall in Westberlin kaufen, was ich mir dann einfach „erlaubte“.

Inzwischen waren Schulze, Schneider und Hense, also die KPO-Leute zusammen mit dem früheren Sozialdemokraten Kurt Pichler in die - wie sie spöttelten - Verbannung geschickt worden, nämlich in ein Viererzimmer im Untergeschoss. Ich habe sie öfters aufgesucht, aber alle waren unsicher geworden. Die Diskussionen verliefen keineswegs mehr so offenherzig wie früher. Schulze indes blieb stur, er habe sowieso nichts mehr zu verlieren. Schneider und Hense haben in den Versammlungen Schulze nur zurückhaltend unterstützt und rieten auch mir, behutsam und abwägend zu diskutieren.

Aber Schulze wurde zur direkten Zielscheibe beim Kampf gegen den Objektivismus. Vor allem drei Mitschüler gingen ihn geradezu gemein an, Wiehagen, Graf und Neukranz. Sein Zimmerkollege Roland Wiehagen, der schon Li Seehof wegen John Reeds Buch angefeindet hatte, beschimpfte jetzt Schulze. Dieser habe ständig Trotzki gelesen und dessen Schriften verbreitet. Wiehagen, ein stattlicher 24-jähriger, war ebenso wie Tammer und Wissusek Aspirant der Fakultät Ökonomie. Von Beruf Verwaltungsangestellter kam er von 1943 bis 1945 zur Luftwaffe. Aus US-Gefangenschaft entflohen, wurde er wieder Angestellter und Mitglied der SPD. Nach Abschluss des Zweijahreslehrgangs blieb Wiehagen als Lehrer an der Parteihochschule, zuletzt bei der Direktion zuständig für Kaderfragen. Doch im Frühjahr 1953 erhielt er eine „strenge Rüge“ und musste zwei Jahre als Stanzer zur „Bewährung“ in einen Betrieb. Zunächst hatte ihn die Parteigruppe, nach Konflikten mit der Direktorin Hanna Wolf, sogar aus der SED ausgeschlossen. Das hat die ZPKK aber nicht bestätigt, sondern beließ es bei der „strengen Rüge“. Wiehagen hatte nämlich gelogen, in seinem Fragebogen der Partei „verheimlicht“, dass er 1944 einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP gestellt hatte und zudem beim Rückzug der Wehrmacht „einer italienischen Bürgerin gewaltsam das Fahrrad“ raubte. Also musste er sich wegen seines „Verschweigens“ vor der Partei bewähren - da war Götz Scharf aber viel raffinierter gewesen. Später arbeitete Wiehagen in der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, der Urania, wurde in den achtziger Jahren Leiter des Büros bei dessen Präsidium, und hat 1985 sogar den Vaterländischen Verdienstorden in Silber erhalten.

Schulze wurde besonders hart von Rudolf Graf attackiert und in einer Parteiversammlung sogar verunglimpft: „In der Zeit des verschärfenden Klassenkampfes spreche ich einem Genossen, der so wenig Klassen- und Parteibewusstsein hat wie der Gen. Fritz Schulze, die Fähigkeit ab, ein verantwortlicher Funktionär der Partei zu sein.“ Der damals 27-jährige Graf, Werkzeugmacher aus Altenburg in Thüringen und von 1941 bis 1945 Obergefreiter der deutschen Wehrmacht, hat sich angemaßt, den Widerstandskämpfer Schulze mit dem Bannfluch zu belegen. Allerdings gab es doch einige, die dagegen murrten. Und Fritz Schörnig, politisch ein Kritiker von Schulze, nahm sich Graf beiseite und stellte ihn zur Rede, woraufhin der sogar Schörnig persönlich anging. In der Wandzeitung schrieb Graf, dieser habe von „Verdiensten“ Schulzes gesprochen. Da kam er aber an den Richtigen. Schörnig antwortete am 30. Mai mit einem Leserbrief, der gleich sarkastisch begann: „Vor Jahrhunderten prägte der Adel - und dazu gehörten auch die Grafen - das Wort „Noblesse oblige“, Adel verpflichtet! Leider richtet man sich nur sehr selten nach diesem schönen Grundsatz. Das braucht aber für den Gen. Graf absolut keine Ursache zu sein, nun dasselbe zu tun. Wenn er die Unterredung, die ich mit ihm hatte, an der Wandzeitung behandelt, so verpflichtet es ihn, sie wenigstens wahrheitsgemäß wiederzugeben“.

Doch an der Wandzeitung habe Graf nicht die Wahrheit gesagt. Er, Schörnig, habe nicht von „Verdiensten gesprochen“, aber Schulze „Klassenbewusstsein“ abzusprechen, sei der schwerste Vorwurf, den man ihm machen könne. Vor allem, da „Gen. Schulze in der Zeit des Faschismus bewiesen hat, dass er Klassen- und Parteibewusstsein besitzt.“ Und wäre der Vorwurf Grafs richtig, dann hätte Schulze „nicht nur nichts mehr auf der Schule zu suchen, sondern auch in der Partei“.

Schörnigs Verteidigung half nicht viel. Nur kurze Zeit später, nach ständigen Anwürfen gegen Schulze, der nicht bereit war, sich völlig zu beugen, beschloss eine Versammlung der Parteiorganisation unseres Lehrgangs, er solle von der Parteihochschule abberufen werden. Und zwar, weil Schulze „Zersetzungsarbeit“ betreibe und deshalb im „Sinne der Schulordnung“ wegen Verletzung der Parteidisziplin zu verweisen sei. Bei der ersten Versammlung fehlte ich, wegen Krankheit. Das war nicht geheuchelt, denn ich befand mich mit Fieber im Krankenrevier, fühlte mich total fertig. Schließlich kam es zu einer zweiten Versammlung mit der Abstimmung, und Schulze beschwor mich, „vernünftig“ zu sein und „mit den Wölfen zu heulen“. In der Diskussion schwieg ich ebenso wie Schneider und Hense, aber wir stimmten, zwar voller Scham, alle der Resolution zu. Doch irgendwer hat die schützende Hand über Schulze gehalten, er wurde nicht verwiesen und blieb bis Lehrgangsende.

Graf fungierte weiterhin als Scharfmacher. Er wurde später Sekretär der SED in Eisenach, dann Schulleiter in Erfurt und kam schließlich nach Berlin ans Institut für Marxismus-Leninismus, die höchste ideologische Institution der SED. Dort war er von Mai 1962 bis Juni 1963 sogar stellvertretender Direktor, musste aber ausscheiden, weil er - wie Hager feststellte - „seine Aufgaben als stellvertretender Direktor nicht erfüllen“ konnte. Ans Ostberliner Institut für Zeitgeschichte versetzt, starb Graf schon 1975.

Ähnlich wie Graf agierten plötzlich weitere Hochschüler, die bisher kaum in Erscheinung getreten waren, jetzt aber als „Agentensucher“ das große Wort führten. Typisch dafür war das Verhalten von Gerhard Neukranz. Noch vor unserer Auflösung als Gruppe Philosophie Ende Mai drehte er durch. Der 25-jährige Angestellte stammte aus Magdeburg, war 1942 bis 1945 Fallschirmjäger bei der Wehrmacht und kurz in britischer Gefangenschaft. 1945 Mitglied der KPD, leitete er die FDJ in Magdeburg. Er nahm wie ich am Gründungsparlament der FDJ in Brandenburg/Havel teil, aber natürlich haben wir uns von daher nicht gekannt. Das 2. Parlament der FDJ 1947 wählte ihn in den Zentralrat der Organisation. Als Bezirksleiter der FDJ Sachsen-Anhalt 1947 an die Parteihochschule gekommen, ging er wie ich ab dem 2. Semester zur Philosophischen Fakultät. Da war er der Schwächste und hat sich im Unterricht zurückgehalten. In einer Einschätzung von 1948 wurde ihm noch bescheinigt, er sei „unentschlossen“ und habe „bemerkenswerte Minderwertigkeitskomplexe“. Jetzt aber sah er seine Zeit gekommen! Seit er Anfang 1949 gegen Buschmann (dieser erwähnte ja Neukranz´ „aggressive“ Kritik), gegen Stracke und vor allem Leonhard als Feinde angehen konnte, war er wie ausgewechselt. Nun wurde Neukranz sogar bescheinigt „die Minderwertigkeitskomplexe abgelegt“ zu haben, gelobt vor allem seine „klare Haltung“ und der „überraschende Durchbruch“.

Tatsächlich blieb er ein Kleingeist. Nur ein Beispiel: Er berichtete in einem Wandzeitungsartikel im August, er habe im Urlaub gesehen, dass „Tischdecken vor dem zu schnellen Schmutzigwerden“ durch „Igelitplatten“ geschützt wurden. „Sie sind sauber und verrichten gute Dienste, weil sie die Tischdecken schonen und selber leicht abwaschbar sind. Wäre dies nicht vielleicht auch für unsere Tischdecken im Speisesaal ein brauchbarer Vorschlag, oder ist so etwas bei uns nicht nötig?“ Auf diesem Niveau bewegten sich zugleich die Verunglimpfungen aller „Parteifeinde“ durch Neukranz. Doch er überzog, als er im August 1949 Kurt

Pichler angriff. Nun musste er in der Wandzeitung selbstkritisch „die Lehre ziehen“, in Zukunft „gründlicher und aufmerksamer andere Artikel zu lesen, bevor ich den Artikelschreiber kritisiere.“ Aber obwohl Neukranz bei der mündlichen Abschlussprüfung vor der Kommission (unter Leitung Abrahams) nur mit drei minus abschloss und sich deshalb nochmals einer Prüfung unterziehen musste, stieg er sofort steil auf.

Neukranz wurde Vorsitzender der FDJ in Sachsen-Anhalt und Abgeordneter des dortigen Landtags. Vom III. SED-Parteitag im Juli 1950 zum Kandidaten des ZK berufen, war er von 1951 bis März 1954 Sekretär des Zentralrats der FDJ (verantwortlich für Agitprop und Kultur). Doch wegen „kapitulantenhaftem Verhalten“ im März 1954 seiner Funktion enthoben, kam er ins Ministerium für Kultur auf einen untergeordneten Posten, wurde dann aber 1958 Leiter einer Hauptabteilung. Ein weiterer Schlag traf Neukranz schließlich Ende 1960, als „herauskam“, er sei 1942 oder 1943 Mitglied der NSDAP geworden. Daraufhin entlassen und mit einer Rüge bestraft, wurde er Lektor im Akademie-Verlag. Neukranz ist schwer krank mit nur 45 Jahren im Oktober 1969 verstorben.

Die hier etwas länger ausgebreiteten Beispiele widerspiegeln die angespannte Situation, die Stimmung und Verhaltensweisen, die nach Leonhards Flucht herrschten. In allen Parteiveranstaltungen 1949 haben sich Wiehagen, Neukranz oder Graf, aber ebenso von den Älteren Lörler, Morgenstern, Schäfer, Langner oder Schubert bei ihren Anschuldigungen gegen „Abweichler“ fast überboten, während Hanke (er ging im Juni, Lauter war seit April weg), Grün, Schörnig oder Urbschat zwar in der Sache hart diskutierten, aber persönliche Verurteilungen vermieden. Wie die meisten Jüngeren bin ich dabei relativ gut weggekommen, vor allem, weil Schulze, aber auch Schneider und Hense im Zentrum der Kritik standen.